

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948**

80 (10.7.1948)

# Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Abendausgabe: Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Monatlicher Bezugspreis DM 2,20 (inkl. DM 0,20 Trägerschuld), bei Zustellung dch. die Post DM 2,60 zuzügl. Zustellgeb.

Anzeigenpreis: Die 33 mm br. Neup.-Zeile Karlsruher Ausgabe DM 1,50; Pforzheimer Ausgabe u. Württembergische Abendblatt je DM 1,--; Gesamtzeitung DM 2,--. Anz. Anzeigen 50% Nachz.

2. Jahrgang / Nummer 80 Samstag, den 10. Juli 1948 Einzelpreis 20 Pfennig

## Mehr deutsche Rechte vorgeschlagen

Ministerpräsidenten in Koblenz gegen eine westdeutsche Verfassung — Berlin soll durch Kredithilfe unterstützt werden

Koblenz, 8. Juli. Nach Schluß der Freitagsitzung wurde folgendes Endkommunique über die beiden Konferenztage veröffentlicht:

Die Ministerpräsidenten haben sämtliche drei Punkte der Tagesordnung erledigt und sind zu einheitlichen Vorschlägen gekommen. Punkt 1 der Tagesordnung betraf die im Dokument 1 aufgeworfenen Fragen. Die Konferenz ist einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Zusammenschluß der drei westlichen Zonen und Verwaltungsgebiete eine unausweichbare Notwendigkeit ist und daß diese eine Organisation erhalten muß, die es ermöglicht, die Probleme wirtschaftlicher und administrativer Art in wirksamer Weise dem Gesichtspunkt der gesamten Bevölkerung des vereinigten Gebietes zu lösen. Darum sind die Ministerpräsidenten einig, daß eine starke, auf Grund allgemeiner und direkter Wahlen gewählte Volksvertretung geschaffen und eine Exekutive vorgeschrieben werden muß. Die Ministerpräsidenten waren sich weiter einig, daß dieses Gebilde lediglich einen administrativen Zweckverband darstellt. Sie haben daher den Militärgouverneuren vorgeschlagen, von dem im Dokument 1 vorgesehenen Verfahren Abstand zu nehmen. Es soll keine Verfassung geschaffen werden, sondern lediglich ein Organisationsstatut. Dieses soll von einem parlamentarischen Rat beschlossen werden. Das beschlossene Grundgesetz soll von den Landtagen erörtert werden, worauf die Ministerpräsidenten es geschlossen mit ihrer Stellungnahme den Militärgouverneuren zu-leiten.

sehe Verfahren bietet dem Vorteil, daß die Volksvertretung in kürzester Frist gewählt werden kann.

Punkt 2 der Tagesordnung betraf die Probleme der Lastenausgleichs. Die Ministerpräsidenten waren sich darüber einig, daß die Aufgliederung Deutschlands in Länder eine gesamtdeutsche Angelegenheit ist, die mangels gesamtdeutscher Organe zur Zeit nicht gelöst werden kann. Der parlamentarische Rat wird mit der Angelegenheit befaßt werden. Jedoch soll es den Ländern Südwestdeutschlands unbenommen bleiben, ihren Zusammenschluß zu beschließen, wenn sie es wünschen.

Punkt 3 der Tagesordnung betraf das Problem des Besatzungsstatuts. Ihn wurde von den Ministerpräsidenten besondere Beachtung geschenkt. Es herrschte Einigkeit darüber, daß es die eigenliche Ver-

fassung darstellt. Hier wurden detailliert Vorschläge ausgearbeitet mit dem Ziel, den deutschen Organen Verantwortung zu übergeben auf den Gebieten der Verwaltung und Rechtsprechung, die nur den Beschränkungen unterworfen sind, die sich aus dem Text des Besatzungsstatuts ergeben. Besonders Aufmerksamkeit wurde den Problemen gewährt, die mit dem deutschen Außenhandel in Beziehung stehen. Ueber Natural- und Dienstleistungen sowie die Fragen der Besatzungskosten sind ins einzelne gehende Grundsatze aufgestellt worden. Ferner ist die Schaffung eines Schieds- und Vergleichsverfahrens über Auslegung und Anwendung des Besatzungsstatuts empfohlen worden.

teilen Vorschläge als einen Fortschritt in der Anpassung der Modalitäten des Besatzungsregimes an die jetzigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Auch dort, wo sie in ihren Vorschlägen von den gegebenen Anregungen abgewichen sind, waren sie von dem Willen getragen, zusammen mit den Militärgouverneuren die zur Bewältigung der Not dieser Zeit tauglichen Instrumente zu schaffen. Alle Beschlüsse sind von den Ministerpräsidenten einstimmig und im Bewußtsein, der deutschen Einheit zu dienen, gefaßt worden. Besonderer Ausdruck der gesamtdeutschen Verbundenheit ist, daß die Ministerpräsidenten einstimmig beschlossen haben, sich dafür einzusetzen, daß aus den Mitteln der Länder der Stadt Berlin eine beträchtliche Kredithilfe geboten werden soll.

## Neue Gesetze durch den Wirtschaftsrat

Gesetz zur Sicherung der Forderungen für den Lastenausgleich angenommen

Frankfurt, 8. Juli (DENA) In der Freitagsitzung des Wirtschaftsrates wurden von demselben das Gesetz zur Sicherung der Forderungen für den Lastenausgleich und das Gesetz über die Zulassung von Gewerbebetrieben mit Mehrheit angenommen. Nach dem Gesetz zur Sicherung der Forderungen für den Lastenausgleich werden die Gewinne, die den Grundbesitzern aus der Umstellung ihrer Grundstücke in Deutsche Mark entstehen, als zinspflichtige Grundschulden behandelt. Die daraus entstehenden Rechte sollen treuhänderisch von der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes übernommen werden.

Einmütig stimmte der Wirtschaftsrat einem Gesetzentwurf zu, nach dem Kompensationen mit Gefängnis und Geldstrafe belegt werden können. Der vom Wirtschaftsrat am Donnerstag in erster Lesung behandelte Gesetzentwurf zur Änderung des Wirtschaftsraumgesetzes wurde in unveränderter Fassung einstimmig angenommen. Nach einem mit Mehrheit angenommenen An-

trag soll der Geschäftsdirektor beauftragt werden, sofort den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das dem Direktor und den Wirtschaftsministern der Länder das Recht und die Pflicht gibt, den volkswirtschaftlichen Einsatz ungenutzter Produktionsmittel zu sichern.

### Bargeldloser Zahlungsverkehr mit Berlin wieder möglich

Frankfurt, 8. Juli (DENA) Nach Mitteilung der Bank deutscher Länder kann ab sofort der unbeschränkte bargeldlose Zahlungsverkehr in Deutschland zwischen dem vereinigten Wirtschaftsgebiet und den amerikanischen, britischen und französischen Sektoren Berlins aufgenommen werden.

### Ordnung regelt Zahlungsverkehr

Berlin, 8. Juli (DENA). Zur Regelung des Bargeldumlaufes und des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in Deutschland zwischen dem vereinigten Wirtschaftsgebiet und den amerikanischen, britischen und französischen Sektoren Berlins aufgenommen werden.

### Besprechungen über deutschen Friedensvertrag

Washington, 9. Juli (UP) Ein deutscher Friedensvertrag, die Lage in Berlin und der Konflikt Moskau-Belgrad werden aus zuverlässigen diplomatischen Quellen als Hauptpunkte der nunmehr vier Tage andauernden Besprechungen zwischen dem Botschafter der Brüsseler Paktmächte, dem Botschafter Kanadas und dem amerikanischen Unterstaatssekretär im Außenministerium, Lovett, genannt.

Was Deutschland angeht, so habe sich die Debatte um die Frage gedreht, ob Rußland zur Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages eingeladen werden solle und welche vordringlichen Punkte in den Vertrag eingeschlossen werden sollten. Der genannte Quelle zufolge werde in Kürze ein Vertragsentwurf fertiggestellt sein.

Wie hier noch weiter bekannt wurde, soll die gesamte westeuropäische Zusammenarbeit einer Überprüfung unterzogen werden. Für später ist die Errichtung mehrerer Unteraussschüsse geplant, die die verschiedenen Aspekte einer Verteidigungallianz in Westeuropa, die damit verbundenen Verpflichtungen und die Möglichkeiten für eine amerikanische Unterstützung studieren sollen.

### Keine Reparationen an die UdSSR

London, 8. Juli (UP). Alle Reparationslieferungen aus den drei Westzonen an Rußland sind eingestellt worden, erklärte ein Sprecher des Foreign Office. Die Russen hätten selbst den Straßen-, Eisenbahn- und Schiffsverkehr zwischen der Ostzone und den Westzonen unterbrochen, dieses habe die drei Westmächte veranlaßt, auch keine Reparationslieferungen auf dem Seeweg zu senden. Bei einer etwaigen Aufhebung der russischen Transportbeschränkungen würden die Lieferungen wieder aufgenommen werden, sagte der Sprecher. Außerdem hätten sich die drei Westmächte bereit erklärt, an Rußland bei Aufhebung der Blockade überschüssige Anlagen der deutschen Friedensindustrie zu liefern.

### Streikausdehnung in Frankreich

Paris, 9. Juli (DENA-Reuters) Der Streik der französischen Finanzbeamten hat sich nach Meldungen vom Donnerstag weiter ausgedehnt. In Toulon, Poitiers, Nantes, Straßburg, Toulouse und Grenoble haben sich die Finanzbeamten der Streikbewegung angeschlossen, die in Paris selbst auch auf das Personal anderer Ministerien übergriff.

Die nichtkommunistische Seemannsgewerkschaft in Marseille hat ihre Mitglieder aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen und den nun etwa Woche dauernden Hafnarbeiterstreik zu beenden. Der kommunistisch orientierte CGT-Gewerkschaftsbund will dagegen den Streik fortsetzen.

## Westmächte geben keinem Druck nach

Der Text der Protestnoten an die Sowjetunion nunmehr veröffentlicht

London, 8. Juli (UP) Die britische Regierung hat der Regierung der Sowjetunion die Warnung ankommen lassen, daß die Blockade der westlichen Sektoren Berlins eine „äußerst ernste internationale Lage“ geschaffen habe, wurde hier amtlich bekanntgegeben. Die Warnung sei in der Note ausgesprochen worden, welche die britische Regierung in Uebereinstimmung mit den USA und Frankreich an die Sowjetunion richtete und deren Text nunmehr veröffentlicht wurde.

sich beide Regierungen feierlich verpflichtet hätten.

Nach dieser Feststellung des Rechtes Großbritanniens, in Berlin zu sein, erklärt die britische Regierung, sie sei bereit, sich an Verhandlungen zwischen den Besatzungsmächten in Berlin über alle Meinungsverschiedenheiten über die Viermächteverwaltung der Stadt zu beteiligen. Die erste Bedingung hierfür sei allerdings, daß die Verbindungswege zwischen den westlichen Sektoren und den drei westlichen Besatzungszonen in vollem Maße wiederhergestellt beziehungsweise freigegeben werden. Es dürften der Berliner Bevölkerung keine Hindernisse auferlegt werden, um dadurch einen sowjetisch-britischen Streitfall zu lösen, heißt es weiter. Solche Streitfälle

sollten auf dem Verhandlungswege oder durch andere friedliche Maßnahmen, wie sie im Artikel 33 der UN-Charta vorgesehen seien, aus der Welt geschafft werden. Am Ende wird nochmals festgestellt, daß Berlin nicht ein Teil der sowjetischen Besatzungszone, sondern eine internationale Besatzungszone sei. Dies sei eine klare Tatsache. Eine andere Auslegung würde allen Regeln der Vernunft und den hergebrachten Prinzipien des internationalen Verfahrens widersprechen.

## Wieder Kampfhandlungen in Palästina

Großbritannien und die USA immer noch um Frieden bemüht

Haifa, 8. Juli (UP) Israelische Streitkräfte haben bisher unbeeinträchtigt berichten zufolge eine Offensive gegen arabische Irreguläre an der Gallafront begonnen. Dabei sei eine Anzahl arabischer Dörfer erobert worden.

Rhodos, 8. Juli (UP) Auf einer Presskonferenz nach seiner Rückkehr aus Amman und Haifa gab der UN-Vermittler Graf Bernadotte bekannt, daß er nochmals einen dringenden Appell an beide Parteien im Palästina-Konflikt gerichtet habe, ab Samstag, 13. Juli, das Feuer einzustellen. Bernadotte kündigte an, daß er sich zur Berichterstattung nach Lake Success, an den Sitz der UN, begeben werde.

Die ersten Bomben seit Ende des Waffenstillstandes fielen am Freitag auf die jüdische Hauptstadt Tel Aviv. Eine Bombe traf eine Schule und verursachte den Tod dreier Kinder und verwundete eine weitere Anzahl. König Abdullah von Transjordanien wurde zum Oberbefehlshaber aller arabischen Streitkräfte in Palästina ernannt.

### Gegenregierung durch Araber

Kairo, 8. Juli (DENA-INS) Der politische Ausschuss der arabischen Liga nahm hier einen Plan für eine „möglichst baldige“ Bildung einer vorläufigen Regierung für Palästina an. In diesem Plan ist die Verwirklichung des traditionellen arabischen Projektes eines Einheitsstaates vorgesehen, in dessen Verwaltung alle Bevölkerungsgruppen nach ihrem zahlenmäßigen Verhältnis vertreten sind.

### Dr. Köhler glaubt an die Deutsche Mark

Wirtschaftsminister Dr. Veit prangert die Währungsgewinner an

Stuttgart, 8. Juli (SAZ). „Ich glaube an den Erfolg der Währungsreform“ rief Finanzminister Dr. Köhler in der gestrigen Landtagsitzung den Abgeordneten zu. „Ich höre auch, was draußen geäußert wird, und spüre die nazistische Agitation, die da sagt: „Vertraut diesem Gelde nicht!““

Dr. Köhler äußerte sich skeptisch über die Bevorzugung der Geldinstitute gegenüber dem die Hauptlasten tragenden Staat. Er bestünde die Hoffnung, sagte er, daß die Militärgierungen von einer Anrechnung der Kopfquoten absehen würden und kündigte für die Trizone ein Kleinstrentengesetz an. Er kritisierte die Kopflosigkeit der Unternehmer angesichts der Währungsreform und folgerte, daß der Nazismus auch einen großen Teil der Unternehmerinitiative zerstört habe; wie überhaupt die ganze heutige Pleite „die Situation für das Singen des Horst-Wessel-Liedes“ sei. Die Mittel des württemberg-badischen Finanzministeriums seien Mitte August erschöpft, dann stehe man vor der Zahlungsunfähigkeit der Gemeinden, wenn von den Verwaltungen in der bisherigen Weise weitergewirtschaftet wird.

Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit wies auf die Gefahren hin, die unserer Währung durch die Vertiefung des Gre-

bens zum Osten und der mit starken illegalen Manipulationen verknüpften Ostmark erwachsen könnten. Er prangerte die heutigen Währungsgewinner an, die man schwerlich im Lastenausgleich werde erfassen können, und sprach von einer unmittelbaren Lebensgefahr für das Volk durch die unsoziale Handhabung der Währungsreform. Außerdem kritisierte Dr. Veit die „bemerkenswerte Eile“, in der das Gesetz über die Letztstufe der Preispolitik in Frankfurt durchgepeitscht worden sei, obwohl man auf die Währungsreform vorbereitet gewesen wäre. Schließlich warnte er vor einer echten deflationistischen Entwicklung, die zu einer ernsten Schrumpfung des volkswirtschaftlichen Potentials führen könne. Die Kapazitätsmittel dürften nicht deswegen ungenutzt bleiben, weil uns das Geld oder die Kredite fehlten. Das Sozialprodukt darf nicht einfach nach dem Schema verteilt werden: Wer das meiste Geld hat, kann sich am meisten kaufen. Der brutale Egoismus, der sich in den letzten Wochen breitgemacht hat, ist ein Beweis dafür, daß man diesem sogenannten freien Spiel unser Volk nicht überlassen und daß man die Wirtschaftspolitik nicht auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung leiten darf.“

## Strommangel in Berlin

Ein Transportflugzeug abgestürzt — Sokolowski nach Moskau abgereist

Berlin, 8. Juli (DENA) Durch die von den drei westlichen Besatzungsmächten verkündeten neuerlichen Strombeschränkungen hat die Berliner Situation eine weitere Zuspitzung erfahren. Die Hausleitungen in den westlichen Sektoren werden jetzt nur noch für vier Stunden am Tage Strom erhalten. Der Straßenbahn- und U-Bahn-Verkehr wird ab 18 Uhr bis morgens 6 Uhr eingestellt.

Der Chef der SMV, Marshall Sokolowski, ist nach einer Meldung des Nordwestdeutschen Rundfunks nach Moskau abgereist. Londoner politische Kreise sind laut NWDR der Ansicht, daß diese Tatsache mit der Ueberwindung der Protestnoten der Westmächte in engem Zusammenhang steht.

LI. Uhr erbrachten die Lufttransporte nach den westlichen Sektoren Berlins am Freitag eine neuen Rekord von insgesamt 240 Flügen mit einer Transportlast von 1120 Tonnen. Die Hälfte davon bestand aus Kohle. Eine Dakota-Maschine der amerikanischen Lufttransportflotte stürzte nach Mitteilung der Königssteiner Polizei in der Nacht zum Freitag in der Nähe des Großen Feldbergs im Taunus brennend ab, ab DENA weiter bekannt. Die dreiköpfige Besatzung der Maschine kam dabei ums Leben.

Dr. James K. Pollock, der politische Sonderberater General Lucius D. Clays, der von einem zweimonatigen Deutschlandbesuch nach New York zurückkehrte, drückte seine Zweifel aus, ob es den Westmächten möglich sein werde, die Berliner in den Westsektoren auch weiterhin auf dem Luftwege mit Lebensmitteln zu versorgen. Es sei „völlig ausgeschlossen“, im kommenden Winter genügend Kohle mit Flugzeugen nach Berlin zu bringen.

Das in der britischen Zone gelegene Kraftwerk Harbke hat, wie die Abteilung Verkehr und Versorgungsbetriebe beim Magistrat mitteilt, der Stadt Berlin telegraphisch die dauernde Lieferung von 8000 kW Strom pro Tag anboten. Die Abteilung Verkehr und Versor-



Unsere Karte zeigt die 33 km breiten Luftkorridore Frankfurt-Berlin-Tempelhof und Wandorf-Berlin-Gastow der amerikanischen und britischen Luftstreitkräfte. (WP-Kartendienst Hamburg.)

### Welt-Rundschau

PARIS (Dena). ERP-Abkommen zwischen französischer Besatzungszone Deutschlands und den USA in Paris unterzeichnet. — KOPENHAGEN (up). Handelsabkommen zwischen der Sowjetunion und Dänemark abgeschlossen. — PRAG (up). Tschechische Städte, die bei den letzten Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei hundertprozentig für die Regierung gestimmt haben, erhalten Ehren titles „Patriotische Städte“. — MOSKAU (up). Russisch-polnischer Vertrag über Regelung von Grenzkonflikten in der sowjetischen Hauptstadt unterzeichnet. — BUDAPEST (Dena-Reuters). Jugoslawischer Gesandte in Budapest protestiert gegen die Verfolgung von in Ungarn lebenden Jugoslawen, die sich weigerten, die Anfordungen des Kommando gegen Hitlers Feindliche Juden zu unterzeichnen. — TI-RANA (Dena). Sowjetische Militärdelegation hat laut Reuters in der albanischen Hauptstadt abgetroffen.



Wasen Sie schon...

... das eine ganze Schar richtiger, fleißiger Kleinstmännchen plötzlich in unserer Stadt aufgetaucht ist...

Es versteht sich außerdem auf Notengänge, Besorgungen, Markenkleben, Lagerarbeiten, Be- und Entladen von Fahrzeugen...

Natürlich brauchen die Heilmännchen eine Abfindung für ihre Dienste. Und dafür wird wohl auch jeder Verständnis haben...

Kälter als im Januar?

Im letzten Junidrittel und Anfang Juli traten an vielen Orten, besonders im Süden der US-Zone, Temperaturen auf, die in ihren Höchstwerten tiefer lagen...

Erfolg badischer Künstler in Thüringen

Uraufführung der Oper „Das kalte Herz“ von Rudolf Ochs

Ihren Milieu und Kolorit nach hätte die „volkstümliche Märchenoper“ von Rudolf Ochs, „Das kalte Herz“, in Karlsruhe oder Freiburg das Rampenlicht erblicken müssen...

In seinem Geschehen hält sich das Buch eng an Hauffs Dichtung, wobei die an sich wenig erprobte Handlung durch Träne, Lieder und Chöre aufgelockert wird...

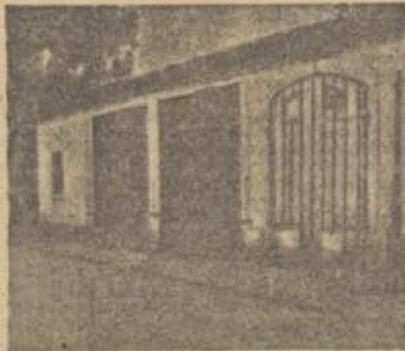
Gott zur Ehr' - dem Nächsten zur Wehr

Die Freiwillige Feuerwehr Mühlburg wird hundert Jahre alt

Unauffällig und schmacklos duckt sich hinter dem alten Mühlburger Rathaus ein kleines einstöckiges Gebäude mit drei großen Türen...

Seit nunmehr genau 100 Jahren dient dieser einfache Steinbauwerk als zur Militärregierung, paßt auf ihr Baby auf, wenn Sie ausgehen oder Sonntag einen Ausflug machen wollen...

Als im Jahre 1847 bei dem großen Theaterbrand in Karlsruhe die ein Jahr zuvor gegründete Durlacher Feuerwehr mit ihrer neuen Metzler-Druckpresse die besten Erfolge erzielt hatte, setzte sich überall im Land die Erkenntnis von der Leistungsfähigkeit einer solchen Wehr durch...



Das hundertjährige „Spritzenhaus“ Aufn. Firmenich

Der bitterliche Gleichschaltungswahn machte auch vor den Freiwilligen Feuerwehren nicht halt und nahm diesen von jeher auf Freiwilligkeit und Freiheit

den jeweiligen Zeitläufen eng verknüpften Schicksals. Der eigentliche Aufstieg begann nach dem 90-jährigen Jubiläum unter dem damaligen Kommandanten Pfeiffer...

aufgebauten Eosenneschüssen viel von ihrem ureigenen Wesen. Zunächst Exekutivorgan der Polizei, wurden die Feuerwehrmänner 1900 zu Hilfspolizisten gemacht.

Im Oktober 1948 konstituierten sich die Freiwilligen Feuerwehren von neuem und sie sind seit dieser Zeit wieder in ihrem alten freiheldlichen Geist tätig...

Wie können wir unseren Altersrentnern wirksam helfen?

Seit dem Eintritt der Währungsreform sind nun drei Wochen vergangen, und das Kopfgeld ist verbraucht. Für den einzelnen, wenn auch noch nicht für den Geschäftsmann oder Unternehmer, ist ein erster Überblick über das möglich, was ihm nach dem großen Schritt an Mitteln bleibt...

Ganz anders sehen sich die Dinge von Seiten derjenigen an, die bisher als Altersrentner ganz oder überwiegend von ihren Ersparnissen gelebt haben. Bei ihnen ist allerhöchste Not eingetroffen...

Die anderen aber mußten sich für ihr Alter und die Zeit der Arbeitsunfähigkeit Vorrede treffen und hatten es getan, indem sie Pfennig zu Pfennig legten, um später nicht darben oder anderen zur Last fallen zu müssen...

nach RM 100 auf Grund einer Versicherung. Sie hat in Zukunft noch Anspruch auf eine Zahlung von DM 20.--. Da ist ein altes Mütterchen, dessen drei Söhne im Kriege gefallen sind...

Das ist einmal der Gedanke aufgetaucht, wie anderswärts schon in den 30er Jahren eine Mittelstandshilfe einrichtungen, die eine Verkaufszentrale, in der es Menschen, die nachweislich durch die jetzigen Verhältnisse dazu gezwungen sind, möglich ist, ihnen noch verbliebene Wertgegenstände wie Teppiche, Bilder, Schmuck usw., zu verkaufen...

Der Entschluß, das Rennen trotz Währungsreform termingemäß durchzuführen, ist den Veranstaltern nicht leicht gefallen. Die Idee des Sports und die Erkenntnis der Notwendigkeit einer solchen Veranstaltung gerade auch in unserer Stadt waren ausschlaggebend...

Morgen Karlsruher Dreieck-Rennen

Ab 19.00 Uhr am Sonntag werden über die Autobahn zwischen Durlach, Wolfartsweiler und Büppard die Motoren donnern, wird in spannenden Kämpfen der Besten des Motorsports auf den leicht geschwungenen Schenkeln und in den Spitzkurven des Dreiecks ein Rennen abrollen...

Keine Karlsruher Chronik

Zusammengestoßen. In der Rheinstraße, nahe dem Eutenberg, stießen am gestrigen Freitagmorgen beim Versuch des Überholens eine Straßenbahn und ein Lastkraftwagen zusammen, weil die Straße zu schmal war...

Über Voraussetzung auf die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer und Abführung der Lohnsteuer nach dem Gesetz Nr. 84, befindet sich eine amtliche Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil.

Rettet Berlin. Anlässlich einer großen Kundgebung zur Unterstützung des freiheldlichen Berlin wird am Montag, den 12. Juli, 19 Uhr, im Konzerthaus der Generalsekretär der SPD Berlin, Otto Bunderhauf, über den Kampf der Berliner Bevölkerung gegen den kommunistischen Terror und die Hungerblockade sprechen.

Verantwortlicher Lokalredakteur: Helmut Haag; Karlsruhe Redaktion: Waldstr. 28, Tel. 912022; Anzeigenannahme: Kaiserstr. 56, Telefon 6483.

Parteien haben das Wort

Die Beiträge der Parteien erscheinen außer Verantwortung der Redaktion

Irrwege des „wahren Sozialismus“

Vor einer Vollversammlung der SPD forderte Wirtschaftsminister Dr. Veit auf, die Verdrößerung mit den Kommunisten in den Betrieben in Zukunft zu unterlassen und einen Strich zwischen Sozialdemokratie und KPD zu ziehen...

Es ist ein aussichtsloses Beginnen, dem „wahren Sozialismus“ der SPD-Führerschaft entdecken zu wollen. Freiheit und Demokratie können nur auf dem Boden der Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung gedeihen...

Morgen Karlsruher Dreieck-Rennen

Zuschauerzahl und das Wetter. Wir hoffen, daß die Bevölkerung von Karlsruhe und Umgebung weiß, daß das Dreieckrennen ihr Rennen ist, und daß von seinem Erfolg in der Zukunft vieles abhängt...

Fürher Protest niedergeschlagen. Der Protest der SpVgg Fürth gegen die Wertung des Spieles gegen VfB Mühlburg am 11. Juni wurde von der Süddeutschen Oberliga als unbegründet abgewiesen.

VfB Mühlburg wurde wegen Verletzung der Pistolenregeln mit einer Platzsperre bis 21. August sowie einer Geldstrafe von 300 DM bestraft. Damit ist der Abstieg folgender Mannschaften aus der Süddeutschen Oberliga endgültig entschieden: Sportfreunde Stuttgart, Wacker München, Rotweiß Frankfurt, VfL Neckarau, Viktoria Aachfenburg u. SpVgg Fürth. (DENA)

Der Herr Wirtschaftsminister hätte es in der Hand gehabt, die Warenhoheit der Industrie und des Handels wirksam zu bekämpfen. Statt dessen erlaubt man Gen Saboteuren der Wirtschaft, ihre aus Kriegsgewinnen stammenden Kapitalien der Abwertung zu entziehen...

Wir kämpfen um den realen Sozialismus, der dem Schaffenden ein Leben frei von Ausbeutung und Unterdrückung sichert und wissen uns dabei einzig mit der Überzahl der SPD-Mitglieder, Dwehhalb trotz Schumacher und Veit. Wir kämpfen weiter, Schulter an Schulter mit jedem Sozialdemokraten, dem auch heute noch das Vorkämmtchen von Marx, Engels und Bebel heilig ist.

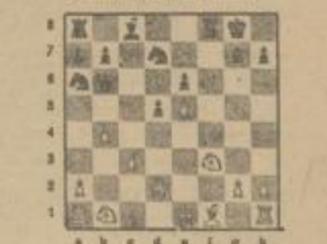
F. K. H. Dietz, KPD.

Jedes Kind der Straße ist ein lebendes Wermutsgewölz.

UNSERE SCHACHHECKE

Nr. 4

Ans der Schwachheit: Am 20. Mai 1948, fand in Blotthausen der seit 1946 eingeführte Vierschlachschachwettkampf an 20 Brettern statt. Sieger wurde der Vorjahressieger Stuttgart, trotzdem er mit einer stark verjüngten Mannschaft antret. Mannheim konnte zur mit 13 Mann antreten. Die einzelnen Resultate sind: 1. Baden: Stuttgart - Mannheim 12 1/2 P. F. Heidelberg - Karlsruhe 12 1/2 P. F. 2. Baden: Stuttgart - Heidelberg 12 1/2 P. Karlsruhe - Mannheim 14 1/2 P. F. 3. Stuttgart 24 1/2 P.; 4. Heidelberg 20 1/2 P.; 5. Karlsruhe 22 P. (gegen Heidelberg verloren); 6. Mannheim 13 P.



Nachfolgende Interessierte Partie wurde am 2. Brett gespielt. Weiß: Prof. Dr. Duhn, Karlsruhe. Schwarz: Heideich, Mannheim. 1. d2-d4, Sg1-f3, 2. f2-f3, c7-c5, 3. d4xc5, e7-e6, 4. Lc1-c2, Sg8-e8, 5. c2-c3, Lh8-c5, 6. Lc3-c4, Sg6-c7, 7. b2-b4, Sd3-d4, 8. b4-a5, Dd8-d7, 9. Dd1-d2, d7-d5, 10. e4-e5, Sd7-d7, 11. f3-f4, f7-f6, 12. Sg1-f2, Sd6-d5, 13. Ld2-c3, g6-g5, 14. Lf1-d3, Td8-d3! (Drohgebote) und durch die nachfolgende Opferkorrektur ohne diese Spielzüge stünde Schwarz nicht gut. 15. g1xh2, Sd7xc5,

15. Dd2-a5, Sd7xc5, 17. g3xh4, Dd6-d4, 18. Ld3-c2, Dd4xc1, 19. g4-g5, Dd1-d4, 20. Kgl-h1, Dd4-d4, 21. Sd1-d2, Ld3-d3, 22. Td1-a1, Td8-c8, 23. Lc2-d3, Dd4xc4, 24. Dd2xc4, Dd4xd2, 25. Td1-g1, Dd3-d4, 26. Dd5-g5, Dd8-d8, 27. f4-f5, Ld3-d4, 28. h2-h3, Td8-h8, 29. h3-h4, und schwarz gewinnt leicht. Lösungen und sonstige Zuschriften unter dem Kennwort „Schach“ würde man einreichen an die SAZ, Pforzheim, Gewerbestraße 2.

